

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Miki & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreihundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Dabbe & Co.,
Hanssen & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 365.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 28. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Beizeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 27. Mai. Der Kaiser hat geruht: den bisherigen königl.
bairischen Rechtspraktikanten Max Daffner zum Marine-Auditeur in
Wilhelmsbaven zu ernennen.

Der König hat geruht: in Folge der von der Stadtverordneten-
Versammlung zu Barmen getroffenen Wahl den seitherigen Bürger-
meister Brodina zu Gms als befohlenen Beigeordneten der Stadt
Barmen für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren zu bestätigen.

Der Privatdozent Dr. Ludwig Geiger ist zum außerordentlichen
Professor in der philosophischen Fakultät der königlichen Universität zu
Berlin ernannt worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers
Dr. Friedrich Zelle am Humboldt-Gymnasium in Berlin zum Ober-
lehrer ist genehmigt worden. Am Schullehrer-Gymnasium zu Gildes-
heim ist der kommissarische Lehrer Kieselet dajelbst als Hilfslehrer
angestellt.

Politische Uebersicht.

Posen, den 28. Mai.

Die in einem Theil unserer gestrigen Mittagsausgabe und
in der heutigen Morgennummer unserer Zeitung telegraphisch signalis-
irte Veröffentlichung von Schreiben des kaiserlichen
Botchasters in Wien an den Reichskanzler,
in der „Nordd. Allg. Ztg.“, ist interessant genug, daß wir
die Aktenstücke weiter unten im Wortlaute folgen lassen. Die
in diesen Schreiben enthaltenen Mittheilungen aus Wien haben
der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge die Regierung zur Aufgabe
ihres Entschlusses vom 17. März und zur Ausarbeitung der ge-
genwärtigen kirchenpolitischen Vorlage bewogen. Wir entnehmen
der jedenfalls inspirirten Einleitung, welche die „Nordd. Allg.
Ztg.“ der Publikation voranschickt, und deren Inhalt in unserem
Telegramm im Wesentlichen bereits wiedergegeben ist, noch fol-
genden Satz:

„Der Hauptgedanke der Vorlage ist der, daß die Regierung ein-
seitig ohne Mitwirkung Roms und ohne Verpflichtungen gegen die
Kurie zu übernehmen, häusliche Verhältnisse Preußens im Wege der
Gefebgebung zu regeln übernimmt.“

Es heißt dann weiter:

„Wie in dieser Sachlage liberalen Blätter auf den Gedanken kom-
men können, die Unzufriedenheit des Papstes mit der Vorlage könne
die Regierung dahin bringen, auf die letztere zu verzichten, ist uns un-
begreiflich. Es hieße das etwa dasselbe wie die Erklärung: wir wollten
eben den Muth fassen, unsere eigenen Geschäfte auf Grund unserer
Souveränität selbst zu regeln; da wir aber mit Schrecken hören, daß
man in Rom damit nicht zufrieden ist, so verzichten wir darauf. Daß
die Vorlage in Rom nicht gefallen würde, sah die Regierung nach den
Aktenstücken, welche wir veröffentlichten, voraus; sie sah auch voraus,
daß dieselbe in parlamentarischen Kreisen auf manche Bedenken stoßen
würde. Sie kann aber in Sachen von so großer Tragweite nicht nach
Eindrücken, sondern nur nach Erwägung dessen, ihre Entschlüsse fassen,
was sie für gerecht, vernünftig und politisch zweckmäßig hält.“

Der Schlusssatz der Einleitung, welcher den Lesern schon im
Telegramm aufgefallen sein wird, lautet wörtlich:

„Wenn der Regierung aber dieser Weg der Verständigung, den sie
auf Grund der bisherigen Erfahrungen gewählt hat, durch Ablehnung
der Vorlage verschlossen wird, so wird die Majorität des Landtags
damit sich auf die Dauer dem Eindruck nicht entziehen können, daß der
Regierung die Mittel auch nur zur Annäherung an eine Ver-
ständigung von der Volksvertretung versagt werden, und daß ihr Ele-
ment gegenüberstehe, welche der Fortdauer des Kampfes als einer
permanenten Institution zu Zwecken bedürfen, welche eine Staatsregie-
rung sich nicht aneignen kann.“

Dieser Satz bleibt auch in seinem Wortlaute unklar. Es
wird da scheinbar den Liberalen ein Vorwurf gemacht, der doch
nur die Kurie und das Zentrum treffen kann. Diese, und
nicht die Liberalen, wollen vom Kampfe nicht lassen. Die Libe-
ralen möchten ihnen für diese Hartnäckigkeit nur nicht auch noch
eine Prämie bezahlen, wie dies die Vorlage faktisch thut.

Das von der „N. A. Z.“ veröffentlichte kirchenpoli-
tische Aktenmaterial ist selbstverständlich gestern in den
Kreisen der Abgeordneten, die zum größten Theile in
Fraktions-Versammlungen beisammen waren, auf das Lebhafteste
besprochen worden. Den stärksten Eindruck hat es, wie die
„N. A. Z.“ meldet, in den Reihen des Zentrums gemacht, wo man
augenscheinlich nicht darauf gefaßt war, daß in diesem Augen-
blicke eine Publikation erfolgen würde, welche ihre Schärfe ganz
besonders gegen diese Fraktion richtet. Wie verlautet, wird Herr
von Puttkamer in der heute bevorstehenden Plenarverhandlung
dieses Material noch erheblich vervollständigen und darlegen, wie
weit der Staat in seinem Streben nach Veröhnlichkeit gegangen
ist. In der nationalliberalen Fraktion herrscht nahezu Einstim-
migkeit über die Unannahmbarkeit der meisten und einschneidendsten
Bestimmungen der Vorlage.

Die erste Berathung der kirchenpolitischen Vor-
lage wird, wie man annimmt, in zwei Tagen erledigt werden
können. Ueber das schließliche Schicksal der Vorlage sind, wie
die „N. A. Z.“ schreibt, auch heute bei der außerordentlichen Zu-
rückhaltung und zum Theil auch Unschlüssigkeit, die bei fast allen
Fraktionen herrscht, höchstens Vermuthungen von geringer Zuver-
lässigkeit gestattet. Als sicher kann nur betrachtet werden, daß,
wenn überhaupt ein positives Resultat zu Stande kommt,
dies nur unter den allereinschneidendsten Abänderungen der
Vorlage möglich ist. Die Verweisung an eine Kommission wird

aller Wahrscheinlichkeit nach beschloffen werden; es dürften hierfür
nicht nur die Konservativen, sondern auch der größte Theil der
Nationalliberalen und wohl auch des Zentrums stimmen. Die
Vornahme der zweiten Berathung im Plenum würde die schroffste
Ablehnung bedeuten, und es soll wenigstens der Versuch gemacht
werden, ob die Grundlagen zu einer Verständigung vorhanden
sind. Voraussichtlich wird eine Kommission von 21 Mitgliedern
(je 5 von den Nationalliberalen und vom Zentrum, 9 von den
beiden konservativen Fraktionen und 2 von der Fortschrittspartei)
beschloffen und für die Arbeiten derselben der größte Theil der
nächsten Woche in Anspruch genommen werden, während
welcher Zeit die Plenarsitzungen ausfallen. — So die
„Nationallib. Corresp.“, dem Telegramm in unserer heuti-
gen Morgennummer zufolge hat dagegen die nationalliberale
Fraktion sich bereits gegen die Einsetzung einer Kommission
entschieden. Die von der „N. A. Z.“ veröffentlichten Aktenstücke
haben nicht verfehlt, den von uns vorhergesagten Eindruck zu
machen; hat man sie gelesen, so kann man noch weniger als
vorher die plötzliche Nachgiebigkeit gegen Rom begreifen; die um
Wohl und Wehe der Katholiken sich herzlich wenig bekümmende
Hartnäckigkeit des Vatikans ist es, welche durch sie in grelle Be-
leuchtung gestellt wird. Das ist aber auch die einzige Wirkung,
und vielleicht ist auch damit schließlich der Absicht des Fürsten
Bismarck gedient. Herrn v. Puttkamer's Herz freilich glüht zwei-
felsohne von „heißiger Friedensliebe“.

Ueber die Ursachen der Wahlniederlage, welche die
nationale Partei bei der Reichstagswahl in
Tübingen erlitten, wird dem „Schwäbischen Merkur“ ge-
schrieben:

„Sie liegen in der Verworrenheit und Unklarheit unserer ge-
samten politischen Lage, die auf die befehlten Männer lähmend
wirkt. Wir haben keine Abhilfe, um es kurz zu sagen, als in der Um-
gestaltung der Reichsregierung. Der Kanzler hat sich außer Stande
erklärt, mit dem Zentrum sich direkt zu vergleichen; er hat an die
liberale Partei den lauten Ruf ergeben lassen, sich um ihn zu schaaren.
Nun wohl! Wir sind bereit, dem Rufe zu folgen; wir wollen den
Staatsmann nicht verlassen, der das Reich gerettet, den Frieden
Europas gesichert hat. Aber wir verlangen den Eintritt unserer Führer in's Ministerium. Es geht
nicht länger auf diesem falschen Wege, auf dem jede enge Fühlung
zwischen der Regierung und der Mehrheit fehlt, auf welche sie sich
stützen soll. Es geht nicht länger, daß Gesetzentwürfe eingebracht wer-
den, welche, man mag von ihnen an sich halten, was man will, für
uns ohne politischen Selbstmord nicht annehmbar sind, wie die
Drittungssteuer, welche wohl viele Millionen Mark eintragen, aber
ebenso viele Millionen Wähler auf's Heußerste erbittern würde. Es geht
nicht länger, wie dies Sölber sehr richtig im Parlament gesagt hat,
Steuern auf Steuern zu fordern, ohne daß vorher für die bewilligten
indirekten Abgaben Erleichterung der direkten geschafft wird; läßt sich
dies nicht sofort machen, so muß eben die Steuerreform ein langwieriges
Tempo einschlagen, ohne daß wir deswegen an ihrem Grundgedanken
ein Fittchen aufgeben wollen. Es geht namentlich nicht an, fort-
währende Bewilligungen zu votiren, ohne daß man weiß, wer am Ende
über ihre Verwendung verfügt, der Kanzler, zu dem unser Vertrauen
unerwähnt ist, oder ein konservativ-kerikales Kabinet, das auf seine
Nachfolge lauert.“

Diese Kundgebung ist insofern beachtenswerth, als der
„Schwäb. Merkur“, das Organ der württembergischen „deutschen
Partei“, bisher zu jedem Wunsche des Reichskanzlers, und so auch
im ersten Eifer zu der kirchenpolitischen Vorlage, „Ja und Amen“
zu sagen gewohnt war. Jetzt hat er auch einem sehr kritisch
gehaltenen Artikel über die zuletzt genannte Vorlage seine Spalten
geöffnet. Die Symptome mehrten sich, daß im Volke die „kon-
servative Fluth“ ihren Höhepunkt bereits überschritten hat.

Offiziös wird geschrieben:

„In der Presse ist in neuester Zeit vielfach die Rede gewesen von
einer angeblichen Bevorzugung, welche durch die gegen-
wärtige Verwaltung des Reichslandes der französischen
Sprache erwiesen werde. Als hauptsächlich, wenn nicht aus-
schließliches Argument diente bei diesen Erörterungen der Gebrauch
der französischen Sprache in den Landesausschuß-Verhandlungen. In
einem Straßburger Briefe, welchen die „National-Zeitung“ am 19.
Mai veröffentlicht, wird nun zwar eingeräumt, daß eine Duldung
dieser Sprache bei den Debatten des Landesausschusses zur Zeit gar
nicht zu umgehen sei — „das müßte von jedem Vernünftigen zugestan-
den werden“ —; weiter aber enthält der Brief die Behauptung, daß
unter Aenderung der früheren Gepflogenheit „der Staatssekretär
und die Unterstaatssekretäre in den Kommissionen, soviel sie
konnten, französisch gesprochen und dadurch auch hier das Deutsche aus
der Diskussion entfernt haben“. An sich schon müßte eine derartige
Behauptung als gewagt und willkürlich, weil schwer zu begründen,
erscheinen; die Kommissionsverhandlungen sind ja geheimer. Wie nun
aber von kompetenter Seite berichtet wird, ist die in Frage stehende
Mittheilung keineswegs der Wahrheit entsprechend. Der Gebrauch der
französischen Sprache mag bei den Landesvertretern in der letzten
Session ein allgemeiner gewesen sein, wie eben in den vorangehenden
Sessioenen auch — von den Regierungsvertretern hingegen wurde nicht
nur im Plenum, sondern auch in den Kommissionen deutsch gesprochen.
Daß bei den Kommissionsberatungen manches Mal einzelne Ausdrücke
seitens der Regierungsvertreter französisch wiedergegeben worden sein
mögen, um sich einem oder dem andern Mitgliede verständlich zu machen,
soll damit nicht bestritten werden; das ist aber doch etwas Anderes
als „soviel man kann“ französisch parlieren. Wie es überhaupt kommt,
daß den Landesausschußmitgliedern der Gebrauch der französischen
Sprache zugetheilt wurde und in allgemeiner Weise noch wird,
darüber hat sich das Organ der reichsländischen Verwaltung, die
„Elsaß-Lothringische Zeitung“, unterm 6. Mai in einem Leitartikel ein-
gehend ausgesprochen, welcher in einen großen Theil der deutschen

Presse übergegangen ist, so daß seine Ausführungen wohl als bekannt
vorausgesetzt werden dürfen. Dem daselbst Gesagten ließe sich etwa
noch nachtragen, daß, ganz abgesehen von den Eingeborenen, welche
von Haus aus der französischen Zunge angehören (und das französische
Sprachgebiet ist nicht allein auf Lothringen beschränkt), auch die
„Intelligenz“ des deutschen Sprachgebiets in den Reichslanden
fast ausschließlich durch das Medium französischer Sprache und
Literatur erzogen und gebildet worden ist. Speziell gilt dies
von politischen Dingen, von Verwaltungsangelegenheiten, Jurisprudenz,
Finanzwissenschaft. Hier ist auch der deutsch sprechende Eingeborene
dermaßen an französische Denk- und Ausdrucksweise gewöhnt worden,
daß er häufig nicht, oder nur sehr mühsam im Stande ist, unsere
deutsche Terminologie richtig zu verstehen. Es mag ihm daher schon
oft schwer fallen, den Ausführungen der Regierungsvertreter im Landes-
ausschuß zu folgen; sollte er aber über die nämlichen Gegenstände
auch noch mit den Landesleuten im Plenum oder in den Kommissionen
sich deutsch verständigen müssen, so würde oft genug eine hübsche Kon-
fusion und eine Sprachverwirrung entstehen.“

Wer die Verhältnisse in den Reichslanden kennt, wird dieser
offiziösen Ausführung beipflichten müssen.

Man schreibt der „Freih. Corresp.“ aus Fachkreisen: „In
der Frage des Identitätsnachweises beim
Export von Mehl aus fremdem Getreide, mit welcher der
Bundesrath sich jetzt beschäftigt hat, ist noch immer zu wenig
erkannt, daß durch Festhaltung an der Identität dem deutschen
Getreide, also der deutschen Landwirthschaft, ein Unrecht zuge-
fügt würde. Es muß immer auf's Neue hervorgehoben werden,
daß den deutschen Mülkern beim Mehlexport ja nur deshalb eine
Zollvergütung für ihr Fabrikat gewährt wird, weil der Zoll
ihnen ihr Rohmaterial vertheuert und sie dadurch bei ihren aus-
ländischen Abnehmern ohne Rückvergütung konkurrenzunfähig ge-
macht würden. Nun würde der Getreidezoll für die schutzzöllne-
rischen Landleute keinen reellen Werth haben, wenn er nicht zu-
gleich den Preis des inländischen Gewächses um den Zoll steigerte.
Dies zugestanden, wird man einsehen, daß ein für den Export
arbeitender deutscher Müller niemals deutsches Korn zu seinem
für das Ausland bestimmten Fabrikat verwenden kann, denn die
Preiserhöhung ist für ihn bei Einkauf von fremdem oder von
deutschem Korn dieselbe, bei ersterem würde er durch den Zoll
jetzt wieder exportfähig gemacht, bei letzterem nicht, wozu die
Forderung des Nachweises der Identität aufrecht erhalten würde.
In der Praxis ist dies auch bereits zum deutlichen Ausdruck
gekommen. Die Exporteure von Danzig und Königsberg, die
sehr viel Getreide via Emsbüsen nach Westfalen schicken, machen
jetzt immer zwei Preisnotirungen; sie offeriren z. B.: „benustert-
ten 127/8 Pfd. hochbunten Weizen 230 Mk. transito, oder ver-
zollt 10 Mk. mehr.“ Da giebt es nun keinen Müller im west-
lichen Deutschland, der nicht transito kaufen will und Offerten
von verzollter resp. inländischer Waare gänzlich unberücksichtigt
läßt. Es ist dies ja aus den oben angeführten Gründen auch
ganz selbstverständlich. Aber auch der Getreidehändler will lieber
Transito-Waare haben, denn so lange das Getreide noch nicht
verzollt ist, bleibt ihm doch die Möglichkeit, es mit Nutzen nach
dem Auslande weiter zu geben. Das Festhalten an dem Identitäts-
prinzip bedeutet demnach nichts Anderes, als eine Prämie
darauf, daß sich sowohl der Exportmüller, als auch der Getreide-
Exporteur die größte Mühe giebt, für ausländisches Korn oder
Mehl daraus Abnehmer zu finden unter Zurücksetzung des deut-
schen Gewächses. Eine Probe von dem sogenannten Schutz der
nationalen Arbeit!“

Das österreichische Herrenhaus ist, wie wir be-
reits kurz mittheilten, am Montag in die Budgetdebatte einge-
treten und die Diskussion gestaltete sich zu einer bedeutungsvollen
Kundgebung der Majorität der Pairskammer gegen
das Kabinet Taaffe und dessen Politik. Ein
wiener Korrespondent schreibt der „N. A.“ darüber:

„Als erster Redner unterzog Herr v. Hasner alle bisherigen
Akte der Regierung von der Thronrede an bis zu der Sprachenmangs-
verordnung einer scharfen Kritik, indem er konstatierte, daß die Verfas-
sungspartei es war, die seit Anfang sich die Veröhnlichkeit der Nationa-
litäten allerdings auf Grundlage des Staatsgedankens zur Aufgabe
gemacht habe; was man heute Koalition nenne, sei die Vermischung
von Gegensätzen. Feuer und Wasser erzeuge Dunst, ins Politische
überföhrt, den Mangel jedes Prinzips. Der Redner besprach sodann in
der ihm eigenen feinen Weise die Erklärungen des Unterrichtsministers.
Die deutsche Schulafrage in Zara, den Sprachenzwang und die Selbst-
verpflichtung der Verwaltung, welche dieselbe nothwendig zur Folge
hat; der Unfuh des theoretischen Prinzips der Gleichberechtigung, von
der man nicht wisse, bei welcher Zahl, ob bei Tausend, bei welchem
Hunderttausend, bei welcher Million sie beginne; er warnte Oesterreich
in einem Momente in kleine Bestandtheile aufzulösen, in welchem die
nationale Gravitation das Geseß der Staatenentwicklung geworden
sei. Schlechter noch als der ganze Föderalismus sei das halbgeschliche
System des Ministeriums; es reize den Hunger, ohne den Appetit zu befrie-
digen. Die Verfassungspartei habe ihre Pflicht gethan, ohne Andere zu ver-
leiten; sie sei längst davon abgekommen, die Kultur nach Osten zu tra-
gen, und zufrieden, wenn die „Kultur des Ostens“ nicht ihr zu sehr an
den Leib rücke. Hasner schloß unter lebhaftem Beifall und wurde von
vielen Seiten beglückwünscht. Nach ihm sprach Graf Leo Thun,
von dem man eine Widerlegung erwartete; der Konfordsratsgraf ist in-
dessen kein Improvisator und beschränkte sich darauf, sein Bedauern
dabei auszudrücken, daß sein Vordredner die großen politischen Fragen in
die Budgetdebatte hineingezogen habe. Nachdem noch Carloz
Auersperg, Plener sen. und Sapieha gesprochen, ergriff
Ritter v. Schmerling das Wort, um die Koalition zu verurtheilen,
Ultramontanismus und Föderalismus, andererseits Aufklärung und

Staatsgedanke lassen sich nicht vereinigen. Der Zentralismus sei keine Idee von heute, sondern das Prinzip der großen Maria Theresia. Die nationalen Sprachen mögen gepflegt werden, aber innerhalb des Einheitsstaates. Er seinerseits habe als Präsident des obersten Gerichtshofes Veranlassung genommen, die Sprachenverordnung als eine unglückliche Maßregel und für die obersten Instanzen ungütig zu erklären. Die Verfassung sei durch solche Attentate bedroht, die Partei, die sie aufrecht halte, die konservative. Nach Schluß der Debatte verwarf sich Graf Taaffe gegen die Anfechtung, als wolle seine Regierung die Macht des Deutschthums schädigen oder die Grundgesetze als Tauschobjekt benutzen, denn sie würde damit ihren Eid verletzen. Morgen beginnt die Spezialdebatte, man kann aber wohl sagen, daß der heutige Tag der entscheidende war, denn das Misstrauensvotum des Herrenhauses ist eine Thatsache.

Am Dienstag wurde das Herrenhaus und mit ihm der Reichsrath überhaupt verlagert, ohne daß es noch zu erheblichen Zwischenfällen gekommen wäre.

Kirchenpolitische Akten.

II.

Die unter „Politische Uebersicht“ erwähnten Schreiben des kaiserlichen Botschafters in Rom lauten:

„Wien, 29. März 1880.

Durch meinen Bericht vom 14. d. M. habe ich zu melden die Ehre gehabt, in welcher Weise ich dem Pronuntius gegenüber nach Maßgabe des hohen Erlasses Nr. 153 vom 4. d. M. mich über den Eindruck geäußert habe, den der an Dr. Melchers gerichtete Brief des Papstes auf Seine Durchlaucht gemacht hatte.

Der Pronuntius hat diese meine Aeußerung nach Rom berichtet. Heute kam er zu mir, um mir eine Depesche des Kardinals Rina vom 23. d. Mts. vorzulesen, welche die Antwort auf seinen Bericht enthält. Kardinal Rina sagt, der Heilige Vater wolle die in Aussicht gestellte Instruktion an die Bischöfe ohne Verzug erlassen, er wünsche aber, daß ihm vorher durch die königliche Regierung einige Fragen beantwortet würden:

1. Ob die königliche Regierung gestatten würde, daß die Bischöfe Preußens sowohl in die in ihren Diözesen anwesenden, wie die abwesenden sich brieflich, jeder für sich, an die Regierungen wenden dürften, um ihr die Namen der in die erledigten Pfarren zu ernennenden Priester anzugeben. Hieraus könnte die königliche Regierung ihre Bedenken, wenn welche vorhanden wären, geltend machen. Würde die Regierung diese Briefe wohlwollend aufnehmen, und würde sie ihr a. g. r. e. m. e. n. t. in den früher angegebenen Grenzen geben? (NB. diese Grenzen sind in den ebenfalls anliegenden Depeschenausügen angegeben, die mir der Pronuntius ebenfalls mittheilte.)

2. Punkt zwei des Schreibens des Kardinal-Staatssekretärs erbittet Antwort auf die Frage, ob die königliche Regierung das Zugeständniß sub 1, wenn es in Vollzug gesetzt sei, für genügend weitgehend erachten würde, um darauf die allgemeine Amnestie der sub 1 erwähnten Prälaten, ihre Wiedereinsetzung in ihre Aemter, die Amnestie für den der Strafe verfallenen Klerus und die Niederlegung der schwebenden Prozesse bei Seiner Majestät zu beantragen.

3. Ob, wenn diese beiden Fragen günstige Beantwortung finden würden, die königliche Regierung dem Papste die Zusicherung geben wolle, die preussische Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche zu bringen, zu denen namentlich die freie Ausübung des heiligen Ministeriums gehöre, wie die Erziehung des Klerus und der religiöse Unterricht der katholischen Jugend? Wenn diese Fragen günstig beantwortet werden würden, sollte die in Aussicht gestellte Instruktion sofort erlassen werden.

gez.: G. VII. Neuf.

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler
Fürsten von Bismarck

„Wien, den 15. April 1880.
Dem Kardinal Jacobini ist von Rom noch keine Antwort auf seine Depesche zugegangen, welche den preussischen Ministerialbeschuß vom 17. März cr. begleitete, in dessen glaubt er nicht zu irren, wenn er den Eindruck, den dieser Schritt der königlichen Regierung im Vatikan hervorgerufen haben dürfte, als einen ungünstigen bezeichnete.

Man habe in Rom mit Fug und Recht erwarten können, daß die lange dauernde Verathung des preussischen Staatsministeriums über die wiener Arbeit des Geheimen Raths Dr. Hübler mit einer Aeußerung darüber enden würde, wie sich die königliche Regierung zu den römischen Desiderien stellen und in wie weit sie ihre eigenen Forderungen aufrecht erhalten wolle.

Statt dessen sei nun ein Beschluß des Staatsministeriums erfolgt, welcher die Wiener Arbeit ganz ignore und dessen Werth, was die Beilegung des Streites zwischen dem Staate und der Kirche betreffe, noch ein ziemlich zweifelhafter und nicht mit Klarheit zu bestimmender sei.

Ich habe dem Pronuntius klar zu machen versucht, wie meiner Ansicht nach die Wiener Arbeit durchaus keine verlorene sei. Das Breve des Papstes vom 24. Februar habe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Verathungen des Staatsministeriums gehabt; die Regierung trage sich mit der Hoffnung, von der Landesvertretung die zu erbittende disretionäre Befugniß zu erhalten. Daß die Tendenz der königlichen Regierung dahin gehe, von dieser Befugniß einen Gebrauch zu machen, der allmählich wieder zum friedlichen Zusammenleben führen werde, das werde man in Rom ebenso gut wissen, als ich dies versichern könnte. Die Administration des Ministers v. Puttkamer beweiße genügend seinen persönlichen Sinn. Ich glaubte daher, daß man auf diesem Wege schneller zum Ziele, dem Frieden, kommen werde, als durch eine in den Grenzen der Möglichkeit gehaltene Abänderung der Gesetze, die der römischen Kurie wohl nicht genügend erschein und Grund zu zahllosen Kontroversen geben werde.

Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß ich den Pronuntius überzeugt habe. Sein Hauptbedenken war, daß der katholische Klerus à la merci der Regierung sein werde; daß sei keine Sicherheit für die Ausübung des heiligen Ministeriums der Kleriker!

Auf die Frage, was mit Beziehung auf die Wiedereinsetzung der Bischöfe beabsichtigt werde, erwiderte ich, daß diese Frage erst dann zur Sprache kommen könnte, wenn der Papst die in Aussicht gestellte Instruktion wegen der Anzeigepflicht erlassen haben werde. Ohne dieses praktische Eintreten in das Feld der KonzeSSIONen keine GegenkonzeSSION von Seite Preußens. Der preussische Landtag werde voraussichtlich in der Mitte des Monats Mai zusammenzutreten, wenn man daher in Rom die Gelegenheit benutzen wolle, so müsse man sich bald entschließen.

Der Kardinal kam dann noch auf die in Aussicht gestellte Wiederanknüpfung der regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zu sprechen und fragte, warum eine preussische und keine Gesandtschaft des deutschen Reiches in Aussicht genommen worden. Ich habe dabei bemerken können, daß, wenn es auch der Kurie von hohem Werthe sein wird, nach hergestelltem Frieden wieder in regelmäßigen Beziehungen mit Preußen zu leben, sie doch kaum geneigt sein dürfte, für diesen Vortheil einen Preis zu zahlen.

gez.: G. VII. Neuf.

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler
Fürsten von Bismarck

Berlin.

Nachschrift
zum Bericht vom 15. April 1880.

Wien, den 16. April 1880.

Heute Vormittag suchte mich der Kardinal Jacobini auf, um mir ganz vertraulich von einer Zuschrift Kenntniß zu geben, die er gestern Abend vom Kardinal Rina erhalten hatte.

Diese Depesche bespricht den Staatsministerialbeschuß vom 17. v. M. nur insofern, als sie sagt, der Eindruck, den derselbe auf den heiligen Vater gemacht habe, sei der allerpersönlichste gewesen, weil er eine ganz andere Aeußerung der königlichen preussischen Regierung erwarten zu können geglaubt habe. Der Kardinal-Staatssekretär hoffe, daß der kaiserlich deutsche Botschafter in Wien noch in der Lage sein werde, bessere Auskunft (consilii) zu geben, wenn er im Stande gewesen sein werde, die Aufmerksamkeit seiner Regierung auf die praktische Wichtigkeit der Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. März zu lenken.

Wenn diese Erklärungen nicht günstig ausfallen sollten, so würde der Pronuntius von den definitiven Beschlüssen informiert werden, welche sich der heilige Stuhl gezwungen sehen würde, gegenüber einer so peinlichen Situation zu fassen.

Meine Frage, ob dieses mir vorgelesene Schriftstück als eine Antwort auf die Mittheilung zu betrachten sei, die ihm der kaiserliche Geschäftsträger am 6. d. M. gemacht, verneinte der Kardinal. Wie diese Antwort ausfallen werde, sei indessen vorauszufragen. Der Moment sei ein höchst kritischer und bedenklicher. Er suche vergeblich nach Mitteln, um den heiligen Stuhl noch von einem Entschluß zurückzuhalten, der für die Herstellung des Friedens verderblich sein werde. Die schlimmste Seite des Weges, welchen die preussische Regierung nummehr einschlagen wolle, sei immer die Ungewißheit, in der die Kirche bleiben werde, und die fehlende Garantie für die Dauer der guten Dispositionen der königl. Regierung. Er wolle gern zugeben, daß Herr v. Puttkamer die ihm von dem Landtag zu ertheilenden Vollmachten in einem dem Frieden nützlichen Sinne gebrauchen werde. Was werde aber nach ihm kommen? Wo sei die Sicherheit, daß der versöhnliche Einfluß, den Seine Durchlaucht auf die preussische Regierung, so lange Sie Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident bleiben würden, jetzt ausüben, auch nach Ihnen fortauern werde? Nou könne die von uns geforderten Schritte des Entgegenkommens nicht thun, wenn die königl. Regierung nicht zum Wenigsten die Aussicht eröffne, daß der jetzt projektirte Zustand, die disretionäre Vollmacht sowohl, wie die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und der Kurie, zum Ziel haben sollten, zu einer legalen Regelung des Verhältnisses der katholischen Kirche zu kommen, wie solches auf dem Wege einer Revision der Gesetze bereits angestrebt worden sei.

Der Papst müsse den Gläubigen wenigstens die Hoffnung vorhalten können, daß man früher oder später zum Frieden, zu einem modus vivendi kommen werde, der auf gegenseitigem Boden gegründet sei. Dieser gesetzliche Boden aber sei nur in der Revision der preussischen Kirchengesetze zu finden.

Wenn ich ihm sagen könnte, der neue, von der königlichen Regierung betretene Weg werde eine solche Revision anbahnen und erleichtern, wenn ich ihm in Aussicht stellen könnte, daß die bei dem heiligen Stuhl zu beglaubigende preussische Gesandtschaft die Aufgabe haben werde, die wiener Besprechungen über die Modifikation der Maigesetze fortzuführen und zu einem Abschluß zu bringen, so würde eine solche Erklärung vielleicht den heiligen Vater in die Lage setzen, die Gläubigen zu beruhigen. Man sei in Rom weit davon entfernt, den Abschluß eines Konkordates zu verlangen, habe auch schon darauf verzichtet, den Schluß der Verhandlungen durch einen Notenaustausch zu konstatiren, man werde sich damit begnügen, daß, wenn eine Einigung erfolgt sein werde, seitens der königlichen Regierung die Vorschläge für eine Abänderung der Maigesetze dem preussischen Landtage vorgelegt würden.

Er bäte mich dringend, diesen Gedanken Curer Durchlaucht zu unterbreiten und um eine Meinungsäußerung zu bitten. Es sei dies vielleicht das letzte Mittel, um dem vollständigen Bruch vorzubeugen.

Der Pronuntius scheint einen gänzlichen Abbruch der Verhandlungen zu fürchten und ist auch durch den trockenen Ton der neuesten Depesche Rina's dazu berechtigt. Wie ich aus den Aeußerungen entnehmen konnte, fürchtet er dann eine Rundgebung, die der heilige Stuhl den Katholiken Preußens schuldig sei, um letzteren die Gründe auseinanderzusetzen, weshalb die Verhandlungen zu nichts geführt haben. Daß dadurch die Kluft zwischen Rom und der königlichen preussischen Regierung nur noch größer werden werde, erfüllt den Kardinal mit Besorgniß.

gez.: G. VII. Neuf.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 27. Mai. [Zur kirchenpolitischen Vorlage.] Als heute Vormittag die Verathungen fast sämtlicher Fraktionen des Abgeordnetenhauses über die kirchenpolitische Vorlage begannen, geschah dies unter einem, derselben keineswegs günstigen Eindruck der gestern Abend und heute früh veröffentlichten kirchenpolitischen Depeschen. Fast durchweg ging er auf liberaler Seite dahin, daß der römischen Kurie die Entschlossenheit des Staates bewiesen werden müsse, ihr gegenüber seinen bisherigen Standpunkt in keiner Weise aufzugeben, daß die Annahme der Vorlage diese Wirkung aber schwerlich haben würde, daß sich von der Genehmigung derselben ferner auch keine für die staatliche Rechtsordnung günstige Einwirkung auf die Wähler der Zentrumsfraktion erwarten lasse, und daß es somit an jedem Grunde fehle, einen staatsrechtlich so ungewöhnlichen und bedenklichen Schritt, wie der von der Regierung beantragte, zu thun. Trotzdem diese Auffassung seitens der nationalliberalen Abgeordneten fast durchweg laut wurde, bestanden doch ernste Bedenken über den Verlauf der Verhandlung dieser, in der vorliegenden Frage wieder „auschlaggebenden“ Fraktion; denn es war nur zu gut bekannt, daß in den allerletzten Tagen einige Führer derselben in Folge ihrer Unterredungen mit dem Kanzler wieder die bekannten, auf alle Verathungsgegenstände gleichmäßig anwendbaren Gründe für die Nothwendigkeit, den Willen des Kanzlers zu thun, geltend machten. Wenn Gerüchte von der angeblichen Absicht des Fürsten Bismarck, im Falle der Ablehnung des Entwurfs das Abgeordnetenhaus aufzulösen, ihren Weg in die Presse gefunden hatten, so schien der Verdacht begründet, daß dies zum Theil auf parlamentarische Elemente zurückzuführen sei, welche auf diese Weise einschüchternd auf manche Abgeordnete und auf die öffentliche Meinung zu wirken wünschten. Um so bedeutsamer ist es, daß bei der Verathung in der nationalliberalen Fraktion die oppositionelle Stimmung auf das Entschiedenste überwog und daß, wie ich Ihnen bereits telegraphisch meldete, allerdings nur mit einer kleinen Majorität, der Beschluß gefaßt wurde, sogar gegen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission zu stimmen. Allerdings wurde konstatiert, daß dies noch keine definitive Entscheidung sein sollte, daß eine solche vielmehr je nach dem Verlauf der ersten Lesung noch in anderer Weise erfolgen könnte. Die Drohung mit einer Auflösung für den Fall der Ablehnung des Entwurfs hatte also in der Fraktion keine Wirkung geübt, und wahrscheinlich war die Skepsis, welche ihr entgegengestellt wurde, vollauf begründet. Es ist positiv, daß, wie ich Ihnen schrieb, Abge-

ordnete, welche den Kanzler beim Beginn der Woche sprachen, in Betreff der kirchenpolitischen Vorlage ihn in ziemlich kühler Stimmung fanden, wenngleich er die Annahme wünschte, was sich ja von selbst versteht, da er andernfalls schwerlich die Einbringung des Entwurfs zugelassen hätte. Es mag nun sein, daß die Zweifel, welche während der letzten Tage in der Presse über den Verlauf des diplomatischen Feldzugs der Regierung der Kurie gegenüber laut geworden sind, in dem Kanzler einigermassen die Meinung lauter gerufen haben, die Ablehnung könne als eine ihm widerwärtige persönliche Niederlage erscheinen. Vielleicht ist es so zu erklären, wenn er, wie es scheint, in den allerletzten Tagen gegen Abgeordnete, mit welchen er konferirte, eine nachdrücklichere Sprache geführt hat, als beim Beginn der Woche. Trotzdem wird man es wohl bis auf Weiteres für undenkbar halten dürfen, daß wegen der kirchenpolitischen Vorlage eine Auflösung erfolgen könnte. Die ungünstige parlamentarische Situation der Regierung, wie der Kanzler sie in seiner Reichstagsrede vom 8. d. Mts. schilderte, könnte sicherlich jetzt durch Neuwahlen nur noch dem günstiger werden; eine aus der Fortschrittspartei und dem Zentrum bestehende Majorität wäre ein keineswegs unmögliches Ergebnis. Somit wird die Perspektive einer Auflösung wohl nur in der Phantasie sehr schwacher Gemüther des Abgeordnetenhauses bestehen. Wie wenig jedenfalls noch vor einigen Tagen die Situation seitens der Regierung als kritisch betrachtet wurde, ist auch daraus hervorgegangen, daß, wie man den Marnachrichten gegenüber wohl hervorheben darf, die offiziellen Korrespondenten noch am Dienstag Abend die Nachricht, daß der Papst seine entgegenkommende Haltung wieder aufgegeben habe, mit der kühlen Bemerkung kommentirten: alsdann könne die Regierung sich ja wohl alle weiteren Friedensversuche ersparen. Uebrigens hieß es heute im Gegensatz zu einer bisher verbreiteten Annahme, daß Fürst Bismarck möglicherweise doch bei der ersten Lesung erscheinen werde, um sich namentlich über die diplomatischen Verhandlungen mit der Kurie auszusprechen, während die Vertretung des Inhalts der Vorlage dem Minister v. Puttkamer zufallen würde. Auch wurde heute mit Bestimmtheit behauptet, daß, entgegen anderweitigen Nachrichten, der Abg. Dr. Falk sich gleich im ersten Stadium der Debatte an derselben als Gegner des Regierungsentwurfs betheiligen werde.

Mün., 24. Mai. Der Gouverneur der hiesigen Festung, königlich preuß. Generalleutnant Graf Reibhardt von Gneisenau, beging gestern sein 50jähriges Dienstjubiläum. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Jubilar ein von den Offizieren der Garnison gestifteter werthvoller, prachtvoll gearbeiteter silberner Tafelaufsatz überreicht. v. Gneisenau ist als Sohn des späteren berühmten Feldmarschalls geb. am 3. Mai 1811, im Juni 1830 trat er zum 1. Kürassierregiment, wurde 1833 Sekonde, 1847 Premier-Lieutenant der Infanterie, 1850 wurde er zum Hauptmann, 1857 zum Major, 1861 zum Oberstleutnant und 1864 zum Oberst des 2. Nass. Infanterie-Regiments, in welchen Staat er zur Dienstleistung übergetreten war, befördert. 1868 trat er wieder in preussische Dienste, wurde zum Generalmajor und Kommandeur der 31. Infanterie-Brigade ernannt, 1873 zum Kommandanten von Magdeburg berufen, daselbst zum Generalleutnant befördert und seit 1876 mit der Oberleitung der hiesigen Festung als Gouverneur betraut.

Locales und Provinzielles.

Posen, 28. Mai.

r. [Der Provinzial-Verein für innere Mission] hielt gestern Vormittags von 9 bis 12 Uhr in der Aula des königlichen Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums unter Leitung des Vorstehenden des Vereins, Provinzial-Schulraths Dr. Polte, seine ordentliche Generalversammlung ab, welcher auch der General-Superintendent D. Geh und der Konfistorial-Präsident von der Gröben beiwohnten.

Nachdem die Versammlung mit Gesang und dem von dem Pastor Schlecht (Posen) gesprochenen Gebet eröffnet worden war, eröffnete der Vorstehende, Provinzial-Schulrath Dr. Polte den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes und des engeren Ausschusses, welcher sich über die von dem Vereine unterhaltenen Rettungshäuser, über die neu gegründeten Verbergen zur Seimath, über den Kolportagebetrieb und über die Volksbibliothek verbreitete. Im Anschluß hieran wurden aus der Mitte der Versammlung verschiedene Mittheilungen gemacht. Pastor Schlecht (Posen) berichtete, es sei auffallend, daß nach dem Gesetz vom Jahre 1878, betreffend die Aufnahme verwahrloster Kinder in Rettungshäuser, die Anmeldungen derartiger Kinder sich so sehr vermindert hätten; es müßten auf jede Art und Weise die Ortsvorstände darüber belehrt werden, daß nicht die Kommunen die Kosten für die Aufnahme solcher Kinder zu tragen haben. — Konfistorialrath Trusen (Posen) berichtete die Gründung einer Verberge zur Seimath in der Stadt Posen als wünschenswerth, worin derselben die ganze Versammlung beistimmte. — Ferner wurden aus der Mitte der Versammlung Mittheilungen gemacht, nach denen in den Diözesen Meisitz, Birnbaum, Rarge in erfreulicher Weise Kolportage-Vereine ins Leben gerufen worden sind. — Gymnasiallehrer Dr. Jonas berichtete eingehend über die hiesige deutsche Volksbibliothek. (Spezielle Mittheilungen aus diesem Berichte behalten wir uns vor.)

Pastor Oldenberg aus Berlin, geschäftsführender Sekretär des Zentral-Ausschusses für die innere Mission in der deutschen evangelischen Kirche, sprach hierauf über die innere Mission im Allgemeinen und über die zweckmäßigsten Mittel und Wege der Verbreitung ihrer Ideen in den einzelnen Kreisen in der Provinz Posen. Redner führte an die Druckschrift des Pastors Schlecht (Posen) über die innere Mission an und bezeichnete, im Anschluß an die Statuten des Provinzialvereins, vornehmlich drei Wege als geeignet zur Verbreitung der Ideen der inneren Mission in den einzelnen Kreisen der Provinz Posen: 1) eine lebendige Fühlung mit den in der Provinz Missionen den Vereinen und Anstalten, welche im Sinne der inneren Mission wirken; 2) Ueberwachung der brennenden Fragen und Nothstände in der Provinz durch geeignete Organe (Vertrauensmänner); 3) Gewinnung möglichst vieler Arbeitskräfte und Hilfsmittel für die Missionen des Vereins, wobei vornehmlich auch die Frauen heranzuziehen seien. Redner bezeichnete unter Anderem auch die Gründung von Volksbibliotheken für innere Mission als wünschenswerth. — Nachdem Provinzial-Schulrath Polte dem Redner den Dank des Vereins für den anregenden Vortrag ausgesprochen, machte Gymnasiallehrer Dr. Jonas die Mittheilung, daß bereits die Idee ausgetauscht sei, mit der hiesigen Volksbibliothek eine Fachbibliothek von Missionschriften zu errichten. — Dr. Hindfleisch, Pfarrer zu Gischkau bei Danzig, hat nach Mittheilung des Vorstehenden an den Landrath Böhm zu Schrimm ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Vorschlag macht, innerhalb der Gebetswoche einen bestimmten Gottesdienst gegenüber der immer mehr zunehmenden Trunksucht zu widmen. Landrath Böhm hat sich zu diesem Vorschlage bekannt und wurde demgemäß

eine Petition zur Unterschrift für diejenigen ausgelegt, die sich zu einem gemeinsamen Gebet behufs kräftiger Bekämpfung des Lasters der Trunksucht vereinigen wollen.
Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die Versammlung mit dem von dem Superintendenten Schöber gesprochenen Gebet und mit Gesang geschlossen.
— [Der Minister Dr. Lucius und der Oberpräsident Günther] sind gestern Nachmittag in Bromberg eingetroffen und haben im Laufe des Tages noch die Provinzial-Gewerbeausstellung besucht. Die landwirthschaftliche Ausstellung wird am heutigen Tage eröffnet.
△ Als zweiter Hauptgewinn der Bromberger Ausstellung ist das schönste Pianino aus der Ausstellungskollektion der Pianofortefabrik von C. Ede in Posen (ein Salon-Pianino in reicher Ebenholzausstattung) angekauft worden.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 27. Mai. Der Bundesrath trat am 26. d. Mts. unter dem Vorstehe des Staatsministers Hofmann zu einer Plenarsitzung zusammen, in welcher ein vom Präsidium vorgelegtes Verzeichniß der Massengüter, welche der ermäßigten statistischen Gebühr von 10 Pf. für 10,000 Kilogr. unterliegen (§ 11 Nr. 3 des Gesetzes über die Statistik des Waarenverkehrs vom 20. Juli 1879), zur Berathung kam. Auf den von dem königl. sächsischen Bevollmächtigten Geh. Finanzrath Geh. erstatteten Vortrag wurde das Verzeichniß mit der Maßgabe genehmigt, daß dasselbe mit dem 1. Juni d. J. in Kraft treten soll. Ueber die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge auf Erweiterung des Verzeichnisses wurde eine spätere Beschlußnahme vorbehalten. — Weiter genehmigte die Versammlung auf den von dem königlichen sächsischen Bevollmächtigten, Ober-Regierungs- Rath Freiherrn v. Naef, Namens des VII. Auschusses, erstatteten mündlichen Bericht, vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Entlastung: a) die im Reichshaushalt in den Rechnungsperioden 1877/78 und 1878/79 hervorgetretenen Staatsüberschreitungen und außerordentlichen Ausgaben, sowie die den Etat überschreitenden und die außerordentlichen Einnahmen aus den Veräußerungen von Grundstücken, Materialen etc., b) die in der Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877 hervorgetretenen Ueberschreitungen bei den Fonds des Reichstags.

Salle a. S., 27. Mai. Bei der im dritten Merseburger Wahlkreise (Delitzsch-Bitterfeld) stattgehabten Reichstags-Erswahl waren bis heute Mittag für Voelfel 2368 und für Rammergerichtsath v. Seydewitz 760 Stimmen gezählt.
Kassel, 27. Mai. Nach dem bis jetzt vorliegenden Resultate erhielt bei der hiesigen Reichstags-Erswahl Dr. Schwarzenberg 8102, Reichsgerichtsath Dr. Bähr 1850, Landgerichtsath Göbel 1526 und Fried 1523 Stimmen. Aus einigen Ortschaften fehlen die Resultate noch immer, doch wird das Endergebniß durch dieselben nicht geändert.

München, 26. Mai. Die Königin von Griechenland ist, von Benedig kommend, heute Abend hier eingetroffen und nach Nürnberg weiter gereist, wo dieselbe übernachtet wird.

Stuttgart, 27. Mai. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ publizirt einen königlichen Erlaß, durch welchen dem Generaldirektor der württembergischen Verkehrsanstalten, Geheimrath v. Dillenius, die nachgesuchte Veretzung in den Ruhestand bewilligt wird. Der Vorstand der Eisenbahnkommission, Böhm, ist zum ersten Vorstand der Eisenbahn-Direktion ernannt worden.

Sondershausen, 27. Mai. Bei der im Wahlkreise Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen gestern stattgehabten Erswahl zum Reichstag erhielt Oberamtmann Gremse (deutsche Reichspartei) 3409 Stimmen, Rechtsanwalt Lipke (nat.-liberal) 3241 Stimmen, Sozialist Bieder 380 Stimmen; es ist demnach eine Stichwahl erforderlich.

Paris, 27. Mai. [Senat.] Der Präsident verlas eine Aufschrift Léon Say's, worin derselbe seinen Dank ausdrückt für seine Wahl zum Präsidenten und zugleich anzeigt, daß er bei dem Präsidenten Grévy um Enthebung von dem Botschafterposten in London nachgesucht habe. Der Senat genehmigte sodann den Gesetzentwurf über Aufhebung des Gesetzes, welches die Sonntagsarbeit untersagt und vertagte sich bis Montag.

[Kammer.] Das Gesetz betreffend die Abschaffung der Obediensbriefe wurde mit 366 gegen 121 Stimmen angenommen. Der Ministerrath hat beschlossen, das am 25. d. M. vom Municipalrath von Paris gegen den Polizeipräsidenten beschlossene Tadelvotum zu annulliren. Die Deputirten der Seine haben sich über eine wegen der Vorgänge vom vorigen Sonntag einzubringende Interpellation geeinigt, der Deputirte Clemenceau wird dieselbe morgen der Kammer vorlegen. Der Minister des Innern ist bereit, eine sofortige Berathung der Interpellation anzunehmen.

London, 27. Mai. Wie es heißt, werde bei dem Zusammenzutreten der Nachkonferenz in Aussicht genommen, daß zur Regulirung der griechischen Grenze eine technische Kommission der Konferenz folge, welche auf Grund der gefaßten Beschlüsse an Ort und Stelle ihre Arbeiten vornehme.

London, 27. Mai. Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Kabul, 26., ist Abdur Rahman durch eine britische Kommission die Emirwürde angeboten worden; Abdur Rahman hat noch keine Antwort ertheilt.

Rom, 27. Mai. Deputirtenkammer. Der Kandidat der ministeriellen Partei, Farini, wurde mit 406 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Hierauf begann die Wahl der übrigen Mitglieder des Bureaus, wofür jede der drei Parteien eigene Kandidaten aufgestellt hatte.

Petersburg, 27. Mai. Ein heute veröffentlichtes Bulletin sagt, daß der Gesundheitszustand der Kaiserin in der letzten Woche keine wesentliche Veränderung erfahren habe. — Der „Regierungsbote“ veröffentlicht heute das bereits gemeldete Urtheil in dem Prozesse gegen Michailoff, Weimar und Genossen, welches nunmehr dem Generalgouverneur Grafen Loris-Melikow vorgelegt wird. Der Minister des Innern hat das Journal „Bereg“ auf sieben Tage suspendirt, weil dasselbe vorchristlich-widrig das gedachte Urtheil des Militärgerichts veröffentlicht hatte, bevor dasselbe im „Regierungsbote“ publizirt worden war.

Bukarest, 27. Mai. Das amtliche Blatt veröffentlicht eine von den Muhamedanern in der Dobrudscha bei Gelegenheit der Feier des 22. d. M. an den Fürsten Karl gerichtete Adresse,

worin es heißt, daß die Muhamedaner in Anbetracht der Rechtsgleichheit und des Schutzes, die sie unter den rumänischen Gesetzen besäßen, sich glücklich fühlten, in würdiger Weise und als Rumänen den Jahrestag der Thronbesteigung des Fürsten begehen zu können und daß sie demselben eine lange und glorreiche Regierung wünschten.

Kragujewatz, 27. Mai. In der heutigen Plenarsitzung der Skupshtina wurden die Mandate der neugewählten Abgeordneten für gültig erklärt und die Wahl einer großen Deputation vorgenommen, welche morgen den Fürsten begrüßen soll. Die Vorberathung der österreichisch-serbischen Eisenbahn-Konvention durch den Ausschuß dürfte morgen zu Ende geführt werden.

Washington, 26. Mai. Schatzsekretär Sherman kaufte heute für weitere 3 Millionen Dollars Bonds und zwar 6proz. von 1881 zu 107, 03 à 107, 05, 5proz. zu 103, 32 1/2 à 103, 33.

Washington, 27. Mai. Schatzkanzler Sherma macht bekannt, daß er vom 2. k. M. ab Offerten auf 4- und 4 1/2 prozent. Obligationen entgegennehme.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
27. Nachm. 2	757,7	S lebhaft	wolkenlos	+28,1
27. Abnds. 10	757,4	SO lebhaft	wolkenlos	+18,6
28. Morgs. 6	755,2	SO lebhaft	wolkenlos	+16,5

Wetterbericht vom 27. Mai, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen	756,4	still	bedeckt	11,1
Kopenhagen	759,8	SEW leicht	wolkenlos	18,8
Stockholm	759,6	SW mäßig	wolfig	17,2
Haparanda	756,6	S leicht	wolkenlos	8,4
Petersburg	759,5	WNW leicht	wolkenlos	9,1
Moskau	745,8	WNW leicht	wolfig	9,4
Oslo	758,9	WNW mäßig	halb bedeckt 1)	11,1
Brest	759,0	W mäßig	Dunst 2)	18,5
Helder	759,8	S leicht	halb bedeckt	20,3
Oslo	758,3	still	beiter 3)	17,8
Hamburg	760,4	S schw.	wolkenl.	24,4
Swinemünde	762,7	SEW schw.	wolkenlos	22,8
Neufahrwasser	765,8	S schw.	beiter	23,0
Memel	765,9	SEW leicht	wolfig	13,6
Paris	759,7	SEW mäßig	wolkenl.	20,0
Krefeld	fehlt			
Karlsruhe	762,6	S leicht	wolkenl.	21,2
Wiesbaden	763,7	DEW leicht	wolkenl.	20,0
Kassel	762,5	still	wolkenl. 4)	21,2
München	765,4	still	wolkenl.	19,5
Leipzig	763,9	SEW leicht	wolkenl.	22,7
Berlin	763,8	SEW still	wolkenl.	21,0
Wien	766,6	S still	wolkenl.	20,3
Breslau	768,0	SEW leicht	wolkenl.	19,6

1) Seegang mäßig. 2) Seegang mäßig. 3) Dunst. 4) Nebel, Thau.

Uebersicht der Witterung.
Unter Zunahme des Luftdrucks ist im Nordwesten wieder ruhige Witterung eingetreten. Ueber Zentral-Europa ist die Temperatur bedeutend gestiegen und herrscht andauernd trodenes, meist wolkenloses Wetter, mit schwachen südlichen Winden. An der deutschen Küste liegt die Temperatur bis zu 11 Grad über der normalen. Witz: Nordost, still, Dunst, 18,2 Grad. Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 26. Mai Mittags 1,44 Meter.
= 27. = 1,40 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.
Frankfurt a. M., 27. Mai. (Schluß-Course.) Fest.
Lond. Wechsel 20,47. Pariser do. 80,86. Wiener do. 171,90. R.-M.-St.-A. 147. Rheinische do. 159. Hess. Ludwigsb. 98 1/2. R.-M.-Br.-Anth. 133 1/2. Reichsanl. 99 1/2. Reichsbank 149 1/2. Darmst. 144. Meiningen R. 95 1/2. Dst.-ung. 715,00. Kreditaktien* 240 1/2. Silberrente 62 1/2. Papierrente 62 1/2. Goldrente 76. Ung. Goldrente 91 1/2. 1860er Loose 124 1/2. 1867er Loose 317,00. Ung. Staatsl. 214,00. do. Ost.-Obl. II. 86 1/2. Böhm. Westbahn 191. Elisabethb. 160 1/2. Nordwestb. 139. Galizier 226 1/2. Franzosen* 236 1/2. Lombarden* 72 1/2. Italiener 84 1/2. 1877er Ruffen 91 1/2. II. Orientanl. 60 1/2. Centr.-Pacific 109 1/2. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.
Dux-Bodenbacher Stamm-Aktien 138 1/2. Schaaffhauser Bankverein matt 85 1/2.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 239 1/2, Franzosen 236 1/2, Galizier —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe 60 1/2, 1860er Loose —, III. Orientanleihe 60 1/2, Lombarden —, Schweizer. Zentralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —, 1877er Ruffen —.

*) per medio resp. per ultimo.
Frankfurt a. M., 27. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 229 1/2, Franzosen 237, Lombarden 72 1/2, 1860er Loose —, Galizier 226 1/2, Österreich. Silberrente —, ungarische Goldrente 91 1/2, II. Orientanleihe 60 1/2, österr. Goldrente 76 1/2, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Ruffen —. Meiningen Bank —. Fest.
Wien, 27. Mai. Des katholischen Festtages wegen heute keine Börse.
Wien, 27. Mai. (Privatverkehr.) Kreditaktien 278,30, Papierrente 72,55, ungar. Goldrente 106,47 1/2. — Fest.
Petersburg, 27. Mai. Wechsel auf London 25 1/2, II. Orientanleihe 90 1/2, III. Orientanleihe 90 1/2.
Florenz, 27. Mai. Des katholischen Festtages wegen heute keine Börse.

Paris, 27. Mai. (Schluß-Course.) Sehr fest.
3proz. amortisirt. Rente 86,90. 5proz. Rente 85,42 1/2. Anleihe de 1872 118,85. Ital. 5proz. Rente 85,90. Dösterr. Goldrente 76 1/2. Ung. Goldrente 93 1/2. Ruffen de 1877 94 1/2. Franzosen 596,25. Lombardische Eisenbahn-Aktien 183,75. Lombard. Prioritäten 274,00. Türken de 1865 11,12 1/2. 5proz. rumänische Anleihe 75,00. Credit mobilier 728,00. Spanier ext. 17 1/2. do. inter. 16 1/2. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 541. Societe generale 560. Credit foncier 1261. Egypter 298. Banque de Paris 1032. Banque d'escompte 786. Banque hypothecaire 610. III. Orientanleihe 60 1/2. Türkenloose 36,00. Londoner Wechsel 25,31 1/2.

London, 27. Mai. Consols 99 1/2. Italien. 5proz. Rente 84 1/2. Lombarden 7 1/2. 3proz. Lombarden alte 10 1/2. 3proz. do. neue 10 1/2. 5proz. Ruffen de 1871 88. 5proz. Ruffen de 1872 87 1/2. 5proz. Ruffen de 1873 90. 5proz. Türken de 1865 10 1/2. 5proz. fundirte Amerikaner 104 1/2. Dösterr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 92 1/2. Dösterr. Goldrente 74 1/2. Spanier 17 1/2. Egypter —. Preuß. 4proz. Consols 99 1/2. 4proz. bair. Anleihe 98 1/2. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,64. Wien 12,02. Paris 25,50. Petersburg 24 1/2. Plazdiskont 2 1/2 pSt.
Aus der Bank flossen heute 60,000 Pfd. Sterl.
Newyork, 26. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 86 C. Wechsel auf Paris 5,18 1/2. 5pSt. fund. Anleihe 103 1/2. 4pSt. fundirte Anleihe von 1877 107 1/2. Erie-Bahn 34. Central-Pacific 113. Newyork. Centralbahn 124 1/2.
Rio de Janeiro, 26. Mai. Wechselkurs auf London 21 1/2. do. auf Paris 442. Tendenz des Kaffeemarktes: Stehend. Preis für good first nominell. Durchschnittliche Tageszufuhr 4500 Sack. Ausfuhr nach Nordamerika —. Sack, do. nach dem Kanal und Nord-Europa 4000 Sack, do. nach dem Mittelmeere 1000 Sack. Vorrath von Kaffee in Rio 160,000 Sack.

Produkten-Course.

Köln, 27. Mai. Des katholischen Festtages wegen heute kein Getreidemarkt.

Bremen, 27. Mai. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white lofo 7,15 Br., per Juni —, per Juli —, per August-Dezember 7,75 Br.

Hamburg, 27. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen lofo fest, auf Termine fester. Roggen lofo fest, auf Termine fester. Weizen per Mai 218 Br., 217 Gd., per September-Dezember 202 Br., 201 Gd. Roggen per Mai 174 Br., 172 Gd., per September-Dezember 162 Br., 160 Gd. Hafer unveränd. Gerste ruhig. Rübböl fest, lofo 56, per Okt. 58 1/2. Spiritus fest, per Mai 52 1/2 Br., per Juni-Juli 52 Br., per Juli-August 52 Br., per August-September 52 Br. Raffee ruhig. Umsatz 3000 Sack. Petroleum fest, Standard white lofo 7,20 Br., 7,00 Gd., per Mai 7,00 Gd., per August-Dezember 7,60 Gd. — Wetter: Heiß.

Paris, 27. Mai. Produkenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Mai 33,10, pr. Juni 32,00, pr. Juli-August 29,10, pr. Sept.-Dezember 27,10. Roggen fest, pr. Mai 24,25, pr. Juni —, pr. Juli-August —, pr. Sept.-Dezbr. 19,00. Wehl fest, pr. Mai 68,75, pr. Juni 67,00, pr. Juli-August 63,50, pr. September = Dezember 57,50. Rübböl fest, pr. Mai 78,75, pr. Juni 79,00, pr. Juli-August 79,75, pr. September-Dezember 80,75. — Spiritus ruhig, pr. Mai 67,25, pr. Juni 67,00, pr. Juli-August 67,00, pr. September-Dezember 62,75. — Wetter: Schön.

Paris, 27. Mai. Rohzucker behauptet, Nr. 1 O/13 per Mai pr. 100 Kilogr. 59,00, 7/9 pr. Mai pr. 100 Kilogramm 65,00. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Mai 68,00, pr. Juni 67,25, pr. Juli-August 66,25, pr. September-Dezember —.

London, 27. Mai. Savanna-Zucker Nr. 12 25. Ruhig.

London, 27. Mai. An der Küste angeboten 11 Weizenladungen. — Wetter: Heiß.

Liverpool, 27. Mai. Baumwolle (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Stetig. Tagesimport 17.000 Ballen, davon 10.000 amerikanische, 7000 ostindische.

Liverpool, 27. Mai. Baumwolle (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Stetig. Middl. amerikanische Juni = Juli = Lieferung 6 1/2, Juli = August = Lieferung 6 1/2, September-Lieferung 6 1/2 d.

Leith, 26. Mai. Getreidemarkt. Weizen fest, alle übrigen Artikel unverändert.

Glasgow, 27. Mai. Robeisen. Mixed numbers warrants 45 sh. 1 1/2 d. Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 11,063 Tons, gegen 11,415 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Amsterdam, 27. Mai. (Schlußbericht.) Weizen pr. November 287. Roggen pr. Mai 219, pr. Oktbr. 189.

Amsterdam, 26. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine höher. Roggen pr. Mai 219, pr. Oktober 188. Raps pr. Herbst — fl. Rübböl lofo 33, p. Herbst 34.

Amsterdam, 26. Mai. Bancazinn 43 1/2.

Antwerpen, 26. Mai. Petroleummarkt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, lofo 18 bez. und Br., pr. Juni 18 Br., per September 19 Br., per September-Dezember 19 1/2 Br. Fest.

Antwerpen, 27. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen steigend. Hafer —. Gerste steigend.

Newyork, 26. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 11 1/2, do. in New-Orleans 11 1/2. Petroleum in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum 6 1/2, do. Pipe line Certificates — D. 92 C. Mehl 4 D. 65 C. Rother Winterweizen 1 D. 35 C. Mais (old mixed) 54 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Raffee (Rio) 14 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 7 1/2, do. Fairbanks 7 1/2. do. Robe & Brothers 7 1/2 C. Speck (short clear) 6 1/2 C. Getreidefracht 4 1/2.

Marktpreise in Breslau am 27. Mai 1880.

Feinheutungen der städtischen Markt-Deputation.	gute Höchster drigst. M. Pf.	Nie drigst. M. Pf.	mittlere Höchster drigst. M. Pf.	Nie drigst. M. Pf.	geringste Waare Höchster drigst. M. Pf.	Nie drigst. M. Pf.
Weizen, weißer	22 30	21 90	21 20	20 60	20 20	19 50
Weizen, gelber	21 60	21 40	20 90	20 50	20 10	19 30
Roggen,	pro	17 70	17 50	17 30	16 90	16 70
Gerste,	100	16 80	16 30	15 60	15 —	14 10
Hafer,	Kilog.	15 80	15 60	15 40	15 20	14 80
Erbfen		19 20	18 70	17 70	16 50	15 50

Pro 100 Kilogramm	fein	mittel	ordinäre
Raps	24	23	22
Rüben, Winterfrucht	23	22	21
Rüben, Sommerfrucht	23	21	19
Dotter	22	20	18
Schlagleinfaat	27	25	23
Gansfaat	17	16	15

Kleefamen, geschäftlos, rother nominell, per 50 Klg. 32—37 bis 41—46 M. weißer nominell, per 50 Kgr. 42—51—60—70 M. hochfeiner über Notiz bez.

Rapskuchen, mehr angeboten, per 50 Klg. 6,30—6,50 M. fremde 6,00—6,30 M.

Leinfuchen, preishaltend, per 50 Kilo 9,80—10,00 M.

Lupinen, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Klg. gelbe 7,20—7,80—8,20 M. blaue 7,20—7,80—8,20 M.

Thymothee, nominell, per 50 Kilgr. 18—21—23 Mrt.

Bohnen, schwacher Umsatz, per 100 Kgr. 21,50—23,00—23,75 Mrt.

Mais: gut behauptet, per 100 Kgr. 14,20—14,50—15,00 M.

Widen, ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,00—13,50—14,20 M. Ger: per 50 Kilogr. 2,80 bis 3,10 M.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—21,50 M.

Kartoffeln: per Sack (2 Neuschöffel a 75 Klg. Brutto = 150 Pfd.) beste 4,00—4,50 M., geringere 2,50—3,00 M., per Neuschöffel (75 Pfd. Brutto) beste 2,00—2,25 M., geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,10—0,12 Mrt.

Wehl: gut behauptet, per 100 Kilog. Weizen fein 29,75 —30,75 M., Roggen fein 26,50 bis 27,25 M. Gausbacken 25,— bis 26,25 M., Roggen = Futtermehl 12,00—12,75 M., Weizenheie 10,20 bis 10,70 Mrt.

Berlin, 27. Mai. Wind: SW. Wetter: Drückend heiß.
Weizen per 1000 Kilo loco 205—235 M. nach Qualität gefordert, W. Poln. m. Ger. 216 M. a. B. bez., feiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 223 M. bezahlt, per Mai-Juni 222—222½ M. bezahlt, per Juni-Juli 219½—220 M. bez., per Juli-August 208½—209 M. bez., per September-Oktober 203—205—204½ M. bez., per November—Dezember — bez. Gefündigt 3000 Zentner. Regulirungspreis 222 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loco 178—184 M. nach Qualität gefordert. Russ. 180 a. B. bez., inländischer 178 M. ab Bahn bez., Hochfein — M. ab B. bez., feiner — M. ab Bahn bezahlt, per Mai 178½—9 M. bez., per Mai-Juni 174—176½ M. bez. B., 176 G., per Juni=Juli 169½—171 M. bez., per Juli-August 166—167½ bez., per Septbr.=Oktober 164—6½—6 bez. Gefündigt 7000 Ztr. Regulirungspreis 173 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 160—208 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loco 148 bis 167 nach Qualität gefordert, Russischer 150—158 bezahlt, Pommerischer 160—162 bez., Ost- und Westpreussischer — bez., Schleischer 160—162 bez., Böhmischer 160—162 bezahlt, Galizischer — bez., per Mai 151 bez., per Mai-Juni 148½—150 M. bez., per Juni-Juli 148½ bis 150 M. bez., per Juli-August 150 M. bez., per August=Sept. — bez., per Sept.=Okt. 147—149 M. bez. Gefündigt 2000 Zentner. — Regulirungspreis 150½ bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 171—205 Mk., Futterwaare 163—170 M. — Mais per 1000 Kilo loco 132—135 bez., nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer 132½ ab Bahn bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 31,50—29,00 M., 0: 29,00—28,00 M., 0/1: 28,00—26,00 M. — Roggenmehl incl. Sad. 0: 25,50—24,50 M., 0/1: 24,25 bis 23,25 M., per Mai 24,55 bez., per Mai-Juni 24,40—24,50—24,45 bez., per Juni-Juli 24,20—24,25 bez., per Juli-August 23,65—23,90—23,85 bez., pr. August=Sept. — bez., pr. Sept.=Okt. 23,60—23,65 M.

Deutsche Fonds.		
S. A. v. 55 a 100 Th.	3½	143,00 B
Def. Prich. a 40 Th.	—	283,75 B
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	133,50 B
do. 35 fl. Obligat.	—	174,00 B
Sair. Präm.-Anl.	4	134,60 B
Braunsch. 20thl.-A.	—	97,20 B
Brem. Anl. v. 1874	4	98,75 B
Hol.-Nd.-Pr.-Anl.	3½	133,30 B
Def. St. Pr.-Anl.	3½	126,25 B
both. Pr.-Pfdbr.	5	120,25 B
do. II. Abth.	5	119,00 B
S. Pr.-A. v. 1866	3	187,75 B
überder Pr.-Anl.	3½	185,77 B
Recklenb. Eisenb.-A.	3½	91,25 B
Leiminger Loose	—	26,80 B
do. Pr.-Pfdbr.	4	123,00 B
Leimb. Loose	3	153,50 B
(S.-G.-B.-A.) 110	5	107,20 B
do. do.	5	103,75 B
tsch. Hypoth. unk.	5	101,20 B
do. do.	4½	103,75 B
Lein. Hyp.-Pf.	4½	100,75 B
do. Grber.-A.	5	100,00 B
do. Pr.-Pfdbr.	5	100,00 B

bertha u. Sumtr.	4	89,25	b ₃
nobilien (Berl.)	4	80,10	⊗
amsta, Leinen-B.	4	97,75	⊗
uchhammer	4	40,75	b ₃
urahräte	1	114,25	b ₃
ife-Ziebf.-B.rgrn.	1	58,25	b ₃
agdeburg.Bergw.	4	126,00	⊗
arienbüt.Bergw.	4	72,50	⊗
enden u. Schm.B.	4	86,25	b ₃
erchl. Eij.-Web.	4	58,10	b ₃
end	4		
önig B.-M.Lit.A	4	77,00	b ₃
önig B.-M.Lit.B.	4	42,75	b ₃
önigbütte conj.	4	174,00	⊗
ein.-Wass.Bergw.	4	89,00	b ₃
ein.-Weiff. Znd.	4		
ewasserfa Lampen	4	23,50	b ₃
den Linden	4	7,90	b ₃
klert. Reichsinn	4	51,00	⊗

Do.	v.	1869	4 $\frac{1}{2}$	105,80 25
Do.	v.	1872	4 $\frac{1}{2}$	

irungspreis 7,35 M. tr.
(Nüßgen 32g.)

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. [E. Köstel] in Posen.